

Gegen den Solarzwang

Replik auf den Artikel „Breite Unterstützung für Energiezonen“ (LT vom 8. Januar)

Auf Seite 23 des LT vom 8. Januar befindet sich ein redaktioneller Text mit dem euphorischen Titel „breite Unterstützung für Energiezonen“ sowie –ein Zufall?- ein grosses Inserat, in welchem sich Exekutivexponenten aus der Region und aller Couleur für die Solarzwang Initiative aussprechen. Gewisse exekutive Politiker sind offenbar daran interessiert, mit dieser Initiative ihren Aktionsradius auszuweiten, und unter dem Deckmantel des Umweltschutzes Politik zu machen auf Kosten der Hauseigentümer und Mieter. Aus meiner Sicht ist diese Initiative jedoch völlig unnötig und verdient an der Urne eine klare Abfuhr.

Die Gemeinden haben –und das sollten die Exekutiven eigentlich wissen- mit dem Instrument der kommunalen Energieplanung heute schon Möglichkeiten, den Einsatz von diversen Energieformen auf ihrem Hoheitsgebiet zu steuern. Dieses Instrument fusst auf dem kantonalen Energiegesetz und gilt als Sachplan mit behördenanweisender Wirkung. Im kommunalen Energieplan können bereits heute Prioritätsgebiete und Eignungsgebiete für verschiedene Energieformen definiert werden. Er wird normalerweise von der kommunalen Exekutive beschlossen und unterliegt der Genehmigung des Kantons. In Schlieren kann neu das Parlament den Energieplan festsetzen. Jede Gemeinde kann sich dieses Instrumentes bedienen. Es gibt also keinen Grund, hierzu neue und unnötige Paragraphen zu schaffen.

Ist es zudem vernünftig, die Bau- und Zonenordnungen neben der Definition von Nutzung, Ausnützung etc. mit einer weiteren Dimension zu verkomplizieren? Wollen wir denn in Zukunft unsere Stadtentwicklung nach der Sonne und dem Wind ausrichten? Nein!

Die Energiewende muss nach marktwirtschaftlichen Prinzipien vollzogen werden. Dass dies schon praktiziert wird, beweisen zahlreiche Bauherren und Hauseigentümer tagtäglich, indem sie bei Neu- und Umbauten vielfach auf erneuerbare Energien setzen und energiesparende Massnahmen einleiten – auf freiwilliger Basis, versteht sich. Einen wesentlichen Beitrag zu dieser Freiwilligkeit hat die FDP mit der kantonalen Volksinitiative „Umweltschutz statt Vorschriften“ bereits geleistet. Die Vorlage, welche seit April 2013 in Kraft ist, bringt einen Bürokratieabbau und eine Deregulierung bei der Nutzung von erneuerbaren Energien. Freiwilligkeit statt Planwirtschaft, das ist der Königsweg bei Energieinvestitionen im privaten Bereich.

Sagen Sie deshalb am 9. Februar Nein zur Änderung des Planungs- und Baugesetzes!

Andreas Geistlich
Kantonsrat FDP Schlieren